

Volksinitiativen für ein Finanzreferendum und zur Allgemeinen Ausgabenprüfung (GAP) / Diverse Interviews und Berichte in der BAZ / Bürgerliche werfen der SP Inkompetenz vor etc.

Hier hackt wirklich eine Krähe einer anderen ein Auge aus. Da zersaust ein Vertreter des rot-grünen Machtblocks die beiden, von einem Teil der bürgerlichen Parteien eingereichten, Initiativen und bescheinigt diesen in einer panischen Aktion Untauglichkeit. Sofort kommt die ebenso unüberlegte und panische Reaktion der bürgerlichen Parteien. Sie werfen als Gegenangriff dem rot-grünen Verantwortlichen nun Inkompetenz in finanziellen Belangen und eine Verwilderung der Ausgabendisziplin vor.

Und wie sieht dieses Schmierentheater aus der Sicht des Steuerzahlers aus?

Weder die sog. rot-grüne Mehrheit noch die angeblich bürgerlichen Vertreter im Grossen Rat haben sich einer ausgewogenen, verantwortungsvollen Finanzpolitik befleissigt. Von wirkungsvollen Sparmassnahmen und von einer Ausgabendisziplin ist auf beiden politischen Seiten nichts zu sehen. Es wird im Parlament zwar viel darüber geredet, aber sinnvolle Beschlüsse sind eine Seltenheit. Die Verwaltungsreform bleibt ein verwässertes Stückwerk. Die in unserer Verfassung verankerte Überprüfung der Staatsaufgaben auf ihre Effektivität und ihre finanziellen Auswirkungen bleibt bis jetzt nur eine Vision des Verfassungsrates.

Es stimmt schon, wenn ein weiser Politiker einmal gesagt hat: „Beim Staat kann nur gespart werden, wenn man den Politikern die Kompetenz Geld auszugeben wegnimmt“. Sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, mag zur Profilierungssucht der Parlamentarier beitragen, aber zu einer Gesundung der Staatsfinanzen gehört viel –sehr viel- mehr.

Mit der Lancierung der beiden Volksinitiativen zeigen die vereinigten Bürgerlichen wenigsten einen Weg auf, die Geldvergabe teilweise in verantwortungsvollere Hände zu geben. Das muss anerkannt werden. Die Stimmbürger und die Stimmbürgerinnen werden dann schon die richtige Antwort an der Urne geben.

Und nur ganz nebenbei: Wenn dann die von den Bürgerlichen dem rot-grünen Lager vorgeworfene Angst vor dem Stimmvolk zu einer massvollen Ausgabenpolitik beiträgt, dann ist ja das Ziel erreicht. Oder etwa nicht ?